

Bericht des AD / Amtsausschuss am 26. April 2018

- Wie mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, fließen unseren 10 Gemeinden bereits in diesem Jahr insgesamt 152.043,66 Euro Infrastrukturmittel zu. Ein Abschlag in Höhe von 90 Prozent auf diese Summe ist bereits in der Amtskasse eingegangen. Fälschlicherweise wird hier landesweit kommuniziert, es handle sich um Gelder, die ausschließlich der Kompensation der ausfallenden Straßenausbaubeiträge dienen. Dieses ist so nicht richtig. Die Beträge dienen sämtlichen Investitionen in kommunale Infrastruktur. Ich bin froh darüber dass diese Mittel nun direkt den Gemeinden zufließen und damit auch eine mögliche Anmietung des neuen Amtshauses förderungschädlich ist.
- Appen baut eine neue Kindertagesstätte hinter dem Bürgerhaus. Dadurch müssen die vier mobilen Wohnhäuser dort abgezogen werden. Eine Anfrage durch mich an die zehn Gemeinden, ob eine Gemeinde ein passendes Grundstück anbieten kann, wurde leider nicht beantwortet. Aktuell sind die Häuser mit 17 Personen bewohnt, so dass aus meiner Sicht ein Verbleib der Häuser in Appen aus Gründen der Integration die beste Lösung wäre. Ich bitte daher insbesondere die Gemeinde Appen, sich nochmals mit einer Verlagerung in das Gewerbegebiet oder aber auf eine andere Fläche zu befassen. Je kürzer der Transport der Häuser, um so geringer auch die Transportkosten. Klar ist dabei auch, dass ich die Häuser erst dann abziehen kann, wenn eine adäquate Ersatzfläche gefunden wurde. Bis dahin müsste sonst die neue Kindertagesstätte um die Flüchtlingshäuser herum gebaut werden.
- Aktuell haben wir wieder verstärkte Zuweisungen von Flüchtlingen. Dieses führt dazu, dass wir ab kommender Woche keine Kapazitäten mehr frei haben. Wir brauchen also auch die drei in Heist geparkten Häuser relativ kurzfristig. Ich bitte daher die zehn amtsangehörigen Gemeinden eindringlich, mögliche Standorte für die Häuser vorzuschlagen. Es müssen auch nicht alle drei Häuser in eine Gemeinde verlagert werden. Schlagen Sie gerne ab morgen Grundstücke vor. Frau Jathe-Klemm und Ihre KollegInnen freuen sich über jeden Standortvorschlag. Die Prüfung, ob die Grundstücke bezüglich der Anschlussmöglichkeiten etc. geeignet sind, werden wir vornehmen. Lassen Sie uns die Standortsuche gemeinsam gestalten, damit ich nicht irgendwann gezwungen werde, Standorte auch gegen Ihren Willen zu belegen.
- In diesem Jahr hatten wir bereits zwei Polizeieinsätze im Amtshaus, um Kunden den Weg aus dem Amtshaus zu zeigen. Es ist wohl leider so langsam üblich, die Kolleginnen und Kollegen mit - ich zitiere „hier muss man eine Bombe zünden“ – zu beleidigen. Ich empfehle dazu auch mal die Lektüre des Hamburger Abendblattes vom Montag dieser Woche, wo ein interessanter Bericht

über die Situation in der Hamburger Verwaltung zu diesem Thema zu lesen war.

- Was war am Montag in der anderen örtlichen Presse zu lesen? Ich biete jetzt wöchentliche Sprechstunden an. Zumindest konnte man das der Überschrift entnehmen. Dem Text war dann jedoch zu entnehmen, dass die Gemeinde Moorrege gemeint war. Humor ist, wenn man trotzdem lacht.
- Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen sind abgeschlossen. Hier greife ich mal kurz der später noch folgenden Beratung über den Haushalt 2018 vor. Der Tarifabschluss ist schon im Haushalt 2018 eingeplant, da unsere Personalabteilung umsichtig die Zahlen berechnet hat.
- Das BverfG hat die jetzige Erhebung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Das war auch so zu erwarten und die kommunalen Spitzenverbände haben über Jahre versucht, hier mit dem Gesetzgeber eine für die Gemeinden tragfähige Lösung zu erarbeiten. Leider wurden die Vorschläge nicht aufgegriffen, so dass jetzt ein nicht unerheblicher Zeitdruck durch die Gerichtsentscheidung entstanden ist. Zu befürchten ist, dass gerade die Grundeigentümer in unserer Hamburger Randlage zu denjenigen gehören werden, die dann künftig deutlich mehr zahlen müssen.
- Ab der konstituierenden Sitzung des Amtsausschusses müssen wir nun die neue Stimmengewichtung haben. Da es hierzu dann sicherlich Fragen geben wird, insbesondere da manchmal jede Stimme nur mit dem einfachen und manchmal mit dem individuellen Zählwert berechnet wird, werden wir zu Beginn der konstituierenden Sitzung ausführlich die Rechtslage darstellen.
- Abschließend möchte ich mich persönlich und im Namen der gesamten Amtsverwaltung für die letzten fünf Jahre der Zusammenarbeit bedanken. Leider wird hin und wieder hier und da vergessen, dass das Amt Geest und Marsch Südholstein aus Selbstverwaltung und Verwaltung besteht und wir gemeinsame Interessen verfolgen. Aber wir haben ja demnächst wieder fünf Jahre vor uns, in denen wir gemeinsam üben können. Ich bedanke mich bei denen, die über viele Jahre hier aktiv politisch mitgewirkt haben und ich bedaure, dass einige von Ihnen nicht wieder dabei sein werden.